

# Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff  
Tageblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1830.  
Einzahlung:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 170.

Donnerstag, 24. Juli 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Acht tägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Parteien in Bewegung.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes beendete seine Berliner Tagung mit einem unzweideutigen Erfolg des Reichsernährungsministers Schiele. Abgestoßen von dem Parteiführer und dem Gesamtinteresse der Bauern, hat sich das Landvolk nunmehr für den parlamentarischen Kampf auf eigene Füße. Der Landvolkspräsident Schiele hat zum Sammeln geblasen. Seine Bauern werden ihm frohlos folgen. Berufsständische Sammlungen gegen politische Vertretung! Also lautet seine Parole, die gleichzeitig für den Reichslandbund den Weg bezeichnet, der zu weiteren und höheren Zielen führen soll.

Auch im Landvolk ist man sich bewußt, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Berufsständische Sammlungsparole nur die erste Etappe zur Gesamtlösung des Problems einer großen konservativen Rechte darstellen kann. Es weiß sehr wohl, daß es im öffentlichen Leben lediglich eine Minderheit darstellt und daß auch andere Stände ihr Lebensrecht haben. Der Führer der Landvolkspartei, Ober, war es, der klar und deutlich betonte, seine Freunde hätten nicht daran, im rein Berufsständischen Handeln zu bleiben und Männer wie Schiele und Beres hielten die Gewähr dafür, daß der Gedanke einer Berufsständischen Abhängigkeit nicht widerstandslos Fuß fassen könnte. Nur in wechselseitiger Unterstützung der positiven Kräfte in allen nationalen und konservativen Berufsständen kann auch dem Landvolk sein volles Recht werden.

Wenn der Reichsernährungsminister Schiele die Interessen des Landvolkes im Parlament mit Erfolge wahrnehmen will, dann dürfte er von vornherein nicht die konservativen Kräfte in den Städten und Industriebezirken übersehen. Sein Ziel müßte die Zusammenfassung der konservativen Elemente in Stadt und Land sein. In dieser Hinsicht haben ihm die Volksparteien und die Gruppe des Grafen Westarp hervorragende Vorarbeiten geleistet, denn zwischen diesen beiden Gruppen ist grundsätzlich bereits eine hundertprozentige Verständigung erzielt worden. Daraus ergab sich als nächste Aufgabe für den Reichslandvolkspräsidenten Schiele, mit diesen beiden Gruppen zu einer Einigung zu gelangen. Das hinter Schiele stehende deutsche Landvolk soll nach der Auffassung Schieles den Kern und Sammelplatz für die Reaktivierung einer neuen großen deutschen Reichspartei abgeben. Es hängt von den Verhandlungen ab, die der Reichsernährungsminister am Mittwoch mit den übrigen Gruppen im Lager der Rechten aufnehmen, ob man nur zu loseren taktischen Vereinbarungen oder zu festeren Bindungen oder gleich zur Schaffung einer konservativen Staatspartei gelangt. Die nächsten Tage werden uns darüber näheren Aufschluß geben.

In diese Verhandlungen hinein kam jetzt überraschend ein Brief des Führers der Deutschen Volkspartei, der die Zusammenfassung aller derjenigen herbeizuführen sucht, die unter Jurisdiktion des Trennenden bereit sind, sich aktiv in den Dienst des Staates zu stellen. Der Parteivorstand der DVP. erkannte richtig, daß in allen Bevölkerungskreisen ein hartes Sehnen nach Zusammenfassung aller staatsbehafteten Kräfte lebendig ist und suchte ihm mit der Anregung seines Vorsitzenden Rechnung zu tragen. Die Einladungen ergingen an die Deutsche Demokratische Partei, an die Wirtschaftspartei, an die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft und an die Gruppe des Grafen Westarp. Hier beginnt unsere politische Feder zu kochen.

Die Deutsche Volkspartei birgt in ihrem Schoße liberale und freikonservative Elemente. Neben einem so entschieden liberalen Manne wie dem Abgeordneten Dr. Cremer hat ein freikonservativer Führer der alten Zeit von den Traditionen des Herrn von Kardorff. Der Parteiführer Dr. Scholz suchte nicht nur den Strömungen in der Öffentlichkeit, sondern auch in seiner eigenen Partei gerecht zu werden, als er die Einladungen nach Hutz und rechts ergab ließ. Sein Ruf zur Sammlung des Bürgerrechts wird in all den Parteien und Parteigruppen, an die er sich wandte, ein scharfes Echo finden.

Mit seinem Sammelruf dürfte Dr. Scholz jedoch schwerlich an eine Verschmelzung der Parteien von Graf Westarp bis Koch-Weser gedacht haben. Schon allein staatspolitisch ist es eine Unmöglichkeit, den Liberalismus und Konservatismus in ein Lager zusammenzubringen. Der Liberalismus marschierte bisher in drei getrennten Heerlagern als Deutsche Demokratische Partei, als Wirtschaftspartei und als Deutsche Volkspartei. Die konservativen Elemente waren im letzten Reichstagswahlkampf noch in der Deutschen Nationalen Volkspartei beisammen. Unter der Führung Dr. Hugentobers fielen sie jedoch auseinander. Reichsernährungsminister Schiele, Graf Westarp und Reichsminister Trevisanus bemühen sich jetzt, aus den verschiedenen konservativen Gruppen eine „Konservative Staatspartei“ zu bilden. Ob ihr Plan gelingt, steht noch dahin. Falls jedoch eine große konservative Staatspartei vor oder nach den Wahlen in die Erscheinung treten sollte, hätte sie keinen liberalen Gegenspieler, da die liberalen Parteien, wie es den Anschein hat, wiederum getrennt in den Wahlkampf ziehen und unmittelbar nach seinem Abschluß sich schwerlich zu einer großen liberalen Gesamtpartei zusammenschließen dürften. Man mag das behaupten, wird jedoch auf Grund jahrelanger Erfahrungen mit den wirklichen Verhältnissen rechnen. Dem Sammelruf von Dr. Scholz wird deshalb die Bedeutung zugewiesen, daß er für den Wahlkampf einen Vorstoß unter den Parteien herbeiführen will, die hinter der Regierung Brünning stehen. In diesem Punkte sollen neben den genannten Parteien auch die Deutsche Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei einbezogen werden.

## Annahme des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

### Neue Maßnahmen im Landtag. — Kommunistische Abgeordnete ausgeschlossen. Der Landtag geht in die Ferien.

Dresden. In seiner Mittwoch-Sitzung nahm der Sächsische Landtag die Regierungsvorlagen betreffend Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung (Arbeitsbeschaffungsprogramm) unter Vorbereitung von Mitteln, die im Etat 1930 vorsehen sind, mit einzelnen Änderungen an.

Die von den Haushaltsausschüssen beschlossenen Höherziehungsanträge wurden größtenteils abgelehnt. Annahme fand die Höherziehung bei Tit. 21 Wegebau von 1 200 000 auf 2 Millionen RM. Angenommen wurde weiter der Antrag auf unverzügliche Weiterführung des Erweiterungsbau des Pädagogischen Instituts zu Dresden. Die zur Regierungsvorlage eingegangenen Eingaben wurden teils der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, teils für erledigt erklärt. Abgelehnt wurde der kommunistische Antrag auf Bewilligung von 50 Millionen RM zum Bau von Arbeiterwohnungen, dagegen der Antrag auf die Regierung angenommen, den Kleinwohnungsbau energisch zu fördern und zur Deckung etwaiger Ausfälle bei der Mittelbeschaffung

### Für den Bau von 30 000 Wohnungen

Staatsanleihen aufzunehmen. Annahme fand weiter der bereits vom letzten Landtag gefasste Beschluß, die schwarzgelben Straßen, die Eigentümern der Gemeinden bleiben, in staatliche Unterhaltung zu nehmen, ferner die Bewilligung von Mitteln zur Errichtung der Oberlausitzer Frauenklinik in Ebersbach, die besondere Berücksichtigung einer neuzeitlichen Umgestaltung der vogtländischen Straßen und der Beschluß, bis zur Beratung des Haushaltsplans 1930 dem Landtage Vorlagen zu unterbreiten über die weitere Förderung des Wohnungsbau, des Straßen-, Wege- und Wasserwesens sowie der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge. Damit ist die Regierungsvorlage im Wesentlichen wiederhergestellt und dieses wichtige Gesetz verabschiedet.

Gleich nach der Eröffnung der Sitzung beantragte Abg. Renner (Komm.), seinen in der Dienstagssitzung abgelehnten Antrag auf Landtagsauflösung auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung zu legen. Unter großem Lärm wurde auch diesmal wieder Widerspruch dagegen erhoben, so daß der Antrag der Ablehnung verfiel. Darauf folgten dann die Bestimmungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Nach den Wahlen für diejenigen staatlichen und halbstaatlichen Körperschaften, in die der Landtag Vertreter zu entsenden hat, nahm das Haus die erste Beratung der Rotverordnungen über die Änderung des Wohlfahrtspflegegesetzes und des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vor. Nach zweistündiger Debatte ging die Rotverordnung zur weiteren Beratung mit Änderungsanträgen an den Rechtsausschuß.

### Bis zum 30. September vertagt

Als Präsident Wedel nun dem Hause vorschlug, den Landtag bis zum 30. September zu vertagen, forderte Abg. Renner (Komm.) Fortsetzung der Tagung und Änderung einer Sitzung auf kommenden Dienstag. Die Mehrheit des Hauses beschloß aber, dem Vorschlag des Präsidenten zu entsprechen.

## Der Reichstanzler über die Notmaßnahmen des Reiches.

Berlin, 24. Juli.

Reichstanzler Dr. Brüning hat dem Berliner Vertreter der New York Times Ausführungen für sein Blatt zur Verfügung gestellt, in denen es u. a. heißt:

Die angespannte Finanzlage des Reiches, die die parlamentarischen Kämpfe der letzten Monate veranlaßt, ist in erster Linie durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bedingt. Die Reichsregierung hat sofort das bedrohte Gleichgewicht des Reichshaushaltes durch neue Einnahmen und durch Ersparnisse wiederherzustellen versucht und sich im wesentlichen im Parlament insofern durchgesetzt, als die Notwendigkeit neuer Einnahmen und Ersparnisse anerkannt wurde. Durch die Vielfalt der deutschen Parteien ist es aber erfahrungsgemäß immer sehr schwer, eine völlige Übereinstimmung über die Einzelheiten zu erzielen, da fast jede Partei ihre Zustimmung abhängig macht von Zugeständnissen der Regierung gegenüber ihren besonderen Wünschen.

### Wilde Szenen

Hierauf entfiel auf den Tribünen ein ungeheurer Lärm. Präsident Wedel, der sich in dem Schreien und Rufen nicht mehr verständlich machen konnte, ließ einen der wildsten Schreier von der Tribüne entfernen. Als der Abg. Ebert (Soz.) zur Tribüne hinaufstieg: „Ihr seid ja aus der Zentralherberge bestellt!“, kam es zu einem unglaublichen Durcheinander. Die Kommunisten sprangen von ihren Plätzen und drangen auf die Sozialdemokraten ein. Es kam beinahe zu einer Schlägerei. Abg. Renner, der zwei Ordnungsworte erhielt, vermittelte zwischen den Streitenden. Präsident Wedel sah sich gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung schloß der Präsident die kommunistischen Abgeordneten Renner, Siegel und Sieder mann aus. Da die drei Abgeordneten jedoch keine Anstalt machten, den Saal zu verlassen, wurde die Sitzung nochmals unterbrochen. Nach Wiedereröffnung stellte Landtagspräsident Wedel fest, daß der Abg. Renner nur für eine Sitzung, die beiden Abgeordneten Sieger und Sieder mann aber für 21 Tage ausgeschlossen seien. Diese Maßnahme hat nach der Geschäftsordnung empfindliche Diätenabzüge zur Folge. Abg. Wehner (Komm.) protestierte gegen die Maßnahme des Präsidenten, wurde aber auf den geschäftsordnungsmäßigen Weg verwiesen.

Nachdem einigermaßen Ruhe eingetreten war, konnte ein kommunistischer Antrag auf Einführung der siebenstündigen Arbeitszeit, unter Tage sechs Stunden, beraten werden. Nach längerer Debatte, in der es wiederum zu Bärmizenen kam, wurde dieser Antrag, der dahin abgeändert wurde, daß die Regierung aufgefordert werden soll, für die strikte Durchführung des Siebenstundentages Sorge zu tragen, mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Volksparteien angenommen. Auch jetzt kam es wieder zu neuen Vermehrungen und gegenseitigen Beschimpfungen, in die sich schließlich die Tribünenbesucher einmischten. Präsident Wedel erteilte dem nationalsozialistischen Abg. Dönike zwei Ordnungsrufe, weil er u. a. zur Tribüne hinausgerufen hatte: „Haltet eure Gucke!“

Nach dieser außerordentlich stürmischen Sitzung entließ Präsident Wedel die Abgeordneten mit den besten Erholungswünschen in die Ferien. Die Tagesordnung für die nächste Sitzung am 30. September wird vom Landtagsvorstand beschlossen.

## Volksparteilicher Antrag zum Wohnungsproblem.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen: die Regierung zu ersuchen, 1. den Abbau der Wohnungsmangelswirtschaft beschleunigt in Angriff zu nehmen, 2. hinsichtlich der Finanzierung Maßnahmen zu treffen, die dem privaten Wohnungsbau die Erstellung von Neuwohnungen zu tragbaren Mieten erleichtern.

Die von anderen Parteien aber umso schärfer abgelehnt werden. So war es auch diesmal. Deshalb war die Reichsregierung gezwungen, alle Möglichkeiten der Verfassung auszunutzen, um das Gleichgewicht des Reichshaushaltes unter allen Umständen zu sichern. Sie hat dabei zu dem Artikel 48 der Reichsverfassung gegriffen, über den vielfach im Ausland keine Klarheit besteht. Jeder Staat kennt ein Notstandsrecht. Der Artikel 48 der Reichsverfassung gibt ihm für das Reich seine Form. Mit den Theorien der Diktaturhänger hat er nicht das Geringste zu tun. Der Artikel 48 ist häufig vom Präsidenten Ebert auch in weniger wichtigen Fällen und in Gegenwart des Reichstages angewandt worden. Die Reichsregierung hat — genau im Geiste der Verfassung — ihre Notverordnungen unverzüglich dem deutschen Reichstag vorgelegt und sie aufgehoben, nachdem eine Mehrheit des Parlaments sie verlangt hatte. Sie hat nun, entsprechend den großen Prinzipien eines demokratischen Staates, an das Volk appelliert, um sein Urteil einzuholen. Sie wird in der Zwischenzeit zur Sicherung der Finanzen unverzüglich dem Reichspräsidenten Vorschläge zu einer neuen Notverordnung unterbreiten, die dem nach den Bestimmungen der Verfassung zu wählenden und zusammenzurufenden Reichstag zur Entscheidung vorgelegt werden.